

# 60. Europäischer Wettbewerb 2013



## Modul 4-1: „Ein stiller Bürger ist kein guter Bürger“ – nach Perikles

**Franziska Müller und Sophie – Marie Weil**

Klasse 12 Gyd der Adolf-Reichwein-Schule Limburg

Heinrich-von-Kleist-Straße

65549 Limburg a. d. Lahn

Lehrer: Herr Gawinski



## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Vorwort	3
2. Modul 4-1 Rede: „Ein stiller Bürger ist kein guter Bürger“ – nach Perikles	4
3. Anhang	11
3.1 Recherche	11
3.1.1 Ziele der Europäischen Union	11
3.1.2 Kopenhagener Kriterien	11
3.1.3 Konvergenzkriterien	12
3.1.4 Vertrag von Lissabon	12
3.1.5 Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	13
3.1.6 Die Unionsbürgerschaft	13
3.1.7 Die Europäische Bürgerinitiative	14
3.1.8 Der Europäische Bürgerbeauftragte	15
3.1.9 Das Europäische Parlament	16
3.1.10 Gründe für die Verleihung des Friedensnobelpreises	16
3.1.11 Kurzbiographie Perikles	17
3.1.12 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen	17
3.1.13 Durchführung der „Shell Jugendstudie 2010“	18
3.1.14 Durchführung der Studie „Sprichst-du-Politik?“	19
3.2 Quellenverzeichnis	20
3.3 Abbildungsverzeichnis	22



## 1. Vorwort

Unser Beitrag zum 60. Europäischen Wettbewerb "Wir sind Europa! Wir reden mit!", ist eine Rede zum Thema "Ein stiller Bürger ist kein guter Bürger" nach Perikles. Mit unserer Rede wollen wir Jugendliche in unserem Alter zum Mitgestalten und Mitbestimmen anregen. Um unsere Rede informativ zu gestalten, haben wir intensiv recherchiert. Zum Beispiel sorgt die EU dafür, dass Frieden und Demokratie in den Mitgliedsstaaten herrscht. Gleichzeitig hilft sie uns, dass wir uns frei bewegen können und innerhalb der EU reisen können. Jedoch sollte man auch seinen Pflichten nachgehen und zum Beispiel wählen gehen. So würde man sich an der Politik beteiligen. Wenn man sich nicht aktiv engagiert, dann kann man auch nichts verbessern und würde somit seiner Pflicht nicht nachkommen. Deshalb ist es auch so wichtig, wählen zu gehen, denn die Politiker wollen die Meinung jedes Einzelnen hören. Die Kopenhagener Kriterien sind die Basis der EU und des aktiven Bürgers. Selbst wenn man als Jugendlicher nicht einer Partei oder einer Jugendgruppe der Partei beitreten will, kann man sich politisch engagieren. Hierzu gibt es Organisationen wie zum Beispiel die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF). Durch die JEF kann man mitgestalten und mitbestimmen. Dadurch macht man einen großen Schritt und kann sich später vielleicht einer Partei anschließen, die einem zusagt. Es ist traurig zu sehen, dass die Wahlbeteiligung so niedrig ist. Man sollte daran denken, dass es in manchen Ländern keine Demokratie gibt. Diese Bürger würden sich wünschen, wählen zu gehen. Aus diesem Grund wollen wir die Jugendlichen dazu bewegen, wählen zu gehen. Die Chancen, die uns die EU gibt, sollten wir nutzen und sie nicht links liegen lassen. Weitere Ergebnisse unserer Recherche finden Sie im Anhang.



## 2. Modul 4-1 Rede: „Ein stiller Bürger ist kein guter Bürger“ – nach Perikles

Kennt ihr Al Gore, Mutter Theresa, Barack Obama, Willy Brandt, Albert Schweitzer, Martin Luther King und Theodore Roosevelt? Wisst ihr, was ihr mit ihnen gemeinsam habt? Jeder in diesem Raum ist, wie sie, Friedensnobelpreisträger, herzlichen Glückwunsch.<sup>1</sup> Jetzt fragt ihr euch sicher: Ich? Friedensnobelpreisträger? Wie soll das gehen? Ganz einfach: Die EU, also die Europäische Union, bekam am 10. Dezember 2012 den Friedensnobelpreis verliehen.<sup>2</sup> Aber das war ja die EU und nicht wir, oder? **Doch**, denn die EU, das sind wir alle. Und daher sind wir alle Friedensnobelpreisträger. Denn **wir** sind Bürger der EU. Und das bedeutet, jeder von uns kann mitbestimmen und mitgestalten. Ein kluger Mann namens Perikles wusste schon vor etwa 2500 Jahren: „Ein stiller Bürger ist kein guter Bürger.“ In der letzten Woche habt ihr viele Projekte zum Thema EU behandelt. Wir möchten die Projektwoche „Wir sind Europa! Wir reden mit!“ nun mit unserer Rede abschließen und euch zum Nachdenken und Mitgestalten anregen.

Zunächst stellt sich die Frage: „Wozu gibt es die EU?“ Natürlich habt ihr dazu bereits einiges in der letzten Woche erfahren. Wir möchten die Ziele der EU aber trotzdem nochmal zusammenfassen.

Was die Verleihung des Friedensnobelpreises noch einmal bestätigt hat, ist, dass der Frieden im Mittelpunkt steht. Außerdem garantiert die EU einen starken Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsstaaten. Wie nach dem Motto „Einer für alle und alle für einen“ halten die Staaten auch in Krisenzeiten zusammen. Außerdem gibt es innerhalb der EU keine Binnengrenzen und so wird der Export und Import vereinfacht. Das ist der Grund, warum wir auch im Winter noch leckere Orangen aus Spanien genießen können oder warum deutsche Unternehmen so leicht in andere Länder verkaufen können, wodurch unser Wohlstand gesichert wird. Die EU erlässt darüber hinaus viele Gesetze zum Umweltschutz, die dann in allen Mitgliedsstaaten gültig sind. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten wird auch der wissenschaftliche und

<sup>1</sup> <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/wissenschaft/nobelpreis/frieden/index.html> (Stand: 11.01.2013; 18:16 Uhr)

<sup>2</sup> <http://www.tagesschau.de/ausland/eu-nobelpreis104.html> (Stand: 11.01.2013; 20:03 Uhr)



technische Fortschritt gefördert.<sup>3</sup>

Weitere Ziele der EU werden durch die Unionsbürgerschaft verwirklicht. Diese wurde 1993 eingeführt. Jeder Bürger eines Mitgliedsstaates der EU ist gleichzeitig Unionsbürger.<sup>4</sup>

Die EU hat mehr Einwohner als die Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn die EU ein Land wäre, dann wäre sie das drittgrößte Land der Erde, gemessen an den Einwohnern.<sup>5</sup>

Durch die Unionsbürgerschaft können Schüler und Studenten zum Beispiel in England studieren oder ihren Abschluss machen. Es ist auch kein Problem, innerhalb der EU in ein anderes Land zu ziehen und dort zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen. Außerdem kann man nach Bulgarien in den Urlaub fliegen, ohne ein Visum zu beantragen.

Die Diskriminierung von Menschen auf jegliche Art und Weise wird durch die Charta der Europäischen Union und durch die Unionsbürgerschaft verboten.

Wenn man sich in einem Land befindet, das kein Mitglied der EU ist z.B. Brasilien, Bangladesch oder Thailand, kann man sich an eine Botschaft eines der 27 Mitgliedsstaaten der EU wenden, wenn es dort keine deutsche Botschaft gibt.<sup>6</sup>

Dank der Unionsbürgerschaft, kann jeder an der Politik teilnehmen. Die EU ist sehr demokratisch, denn das Europäische Parlament wird direkt gewählt.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2010 halten 83 % der Jugendlichen die Demokratie für eine gute Staatsform.<sup>7</sup> Trotzdem lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl im Jahr 2009 in Deutschland nur bei 43,3 % und in ganz Europa sogar nur bei 43 %.<sup>8</sup> Das bedeutet, nicht mal jeder Zweite hat sein Bürgerrecht wahrgenommen, seine Stimme abzugeben.

Was denkt ihr, woran das liegen könnte? Unser erster Gedanke war, dass die EU-Wahlen in Deutschland gar nicht so präsent sind, weil dazu weit weniger Wahlkampf gemacht wird, als zu den Bundestagswahlen, und weil vielen gar nicht bewusst ist, wie viel Einfluss die EU und das Europäische Parlament auf unser tägliches Leben nehmen kann.

Allerdings lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl, die auch 2009 war, bei

<sup>3</sup> <http://www.cep.eu/eu-fakten/ziele-der-eu/> (Stand: 28.12.2012; 16:24 Uhr)

<sup>4</sup> <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57577/unionsbuergerschaft> (Stand: 1.01.2013; 20:58 Uhr)

<sup>5</sup> <http://www.lexas.net/rankings/einwohner.asp> (Stand: 15.12.2012; 19:26 Uhr)

<sup>6</sup> <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57577/unionsbuergerschaft> (Stand: 1.01.2013; 20:58 Uhr)

<sup>7</sup> Shell Deutschland Holding (Hg.) (2010); S. 138

<sup>8</sup> <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/60473/wahlbeteiligung-1979-2009> (Stand: 7.01.2013; 17:14 Uhr)



den 18- bis 30jährigen auch nur bei 71,4 %, also nicht mal 3 von 4 jungen Menschen sind wählen gegangen.<sup>9</sup> Das Fazit lautet: Wählen gehen ist unattraktiv geworden. Da stellt sich die Frage: Warum?

Bei der heutigen Jugend steht die Politik nicht im Mittelpunkt, sondern ist uninteressant geworden. 2010 gaben nur noch 40% der 15-24 Jährigen an, sich für Politik zu interessieren. Das sind zwar mehr als in den Jahren zuvor, aber immer noch sehr wenig. Zunächst spielt beim politischen Interesse das Alter und das Geschlecht eine Rolle, denn je älter man wird, desto mehr interessiert man sich für die Politik. Männer interessieren sich verhältnismäßig mehr für Politik als Frauen. Allerdings gibt es weitere Faktoren, die das politische Interesse beeinflussen, zum Beispiel Herkunft, Umfeld und Bildung. Vor allem Jugendliche aus der Unterschicht und der unteren Mittelschicht zeigen Desinteresse an Politik. Wenig politisches Interesse zeigen Jugendliche, die einen Hauptschulabschluss haben oder anstreben oder die Mittlere Reife besitzen. Wenn sich die Eltern eines Jugendlichen schon wenig für Politik interessieren, zeigt sich dieses mangelnde Interesse auch bei ihren Kindern. Jugendliche, die aus der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht stammen, sind politisch interessierter, genauso wie Abiturienten, Studierende oder Jugendliche, deren Eltern sich politisch interessieren.<sup>10</sup>

Daraus lässt sich folgern, dass die Grundbereitschaft zum politischen Engagement abhängig ist vom Milieu und Elternhaus, aus dem man stammt, und dem Bildungsstand. Auch wir alle hier in diesem Saal kommen aus den unterschiedlichsten Schulzweigen. Die Schule ist der Ort, an dem wir zusammen kommen, und sie sollte auch der Ort sein, an dem wir unabhängig von unserer Herkunft lernen, was Politik für unser Leben bedeutet. Allerdings ist der Politikunterricht häufig viel zu theoretisch und bezieht sich nicht auf aktuelle Themen und Konflikte. Unserer Meinung nach sollten Schüler schon viel früher als in unserem Alter, vielleicht sogar schon in der Grundschule, lernen, Verantwortung zu übernehmen. Das muss ja nichts Großes sein, jedoch sollten sie spielend lernen, etwas zu wählen oder zu organisieren. So könnten sie zum Beispiel ein Frühstück organisieren, bei dem jeder etwas mitbringen muss, oder durch Abstimmung zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen, zum Beispiel über das Ziel eines Ausflugs. So lernen sie schon

<sup>9</sup> Shell Deutschland Holding (Hg.) (2010); S. 144

<sup>10</sup> Shell Deutschland Holding (Hg.) (2010); S. 130 f.



früh, dass ihre Stimme zählt und dass Mitbestimmen nicht sinnlos ist. Möglicherweise könnte so gefordert werden, dass Jugendliche die Einstellung bekommen: Ich kann verändern und mitgestalten.

Diese Einstellung wird von Jugendlichen leider nicht immer geteilt, wie eine Studie belegt. Von den Jugendlichen mit niedrigem oder mittlerem Schulabschluss stimmten 44,2 bzw. 43,2 % zu, sich nicht politisch zu engagieren, weil sie sowieso nichts verändern können. Bei den Befragten mit höherem Schulabschluss, stimmten nur 24,1 % zu.<sup>11</sup>

Wenn man aber diese Einstellung nicht teilt und sich politisch engagieren möchte, werden einem weitere Steine in den Weg gelegt. Viele Jugendliche äußerten, dass sie die Politiker schlecht bzw. nicht verstehen, da diese häufig Fremdwörter und Fachbegriffe verwenden und keine Alltagssprache benutzen. Der Aussage: „Politiker und Politikerinnen sprechen absichtlich eine abgehobene Sprache“ stimmen 59,1 % der Befragten zu. Dies sollten sich die Politiker zu Herzen nehmen. Selbst Artikel in Zeitungen und Online-Medien sind häufig zu kompliziert oder übernehmen die unverständlichen Aussagen der Politiker. Sie sollten versuchen, Themen verständlich zusammenzufassen, damit man sich leicht zu aktuellen Themen informieren kann.<sup>12</sup>

Es gibt also viele Gründe, weshalb das politische Interesse gerade bei Jugendlichen abnimmt. **Aber wolltet ihr nicht auch schon einmal etwas verändern?** Gab es nicht bei euch auch schon mal Situationen, in denen ihr dachtet: „Das ein oder andere Gesetz macht keinen Sinn. Die sollte man ändern.“ oder „Das ist ungerecht. Warum macht die Politik da nichts?“? Deshalb sollte jeder von uns seine Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung kennen und nutzen. Einige dieser Möglichkeiten werden wir euch im Folgenden vorstellen.

Da die meisten unter uns bereits das 18. Lebensjahr vollendet haben, haben wir das Recht, zu wählen. Da wir uns in der Projektwoche mit Europa beschäftigt haben, macht es Sinn, uns dabei auf die Europawahlen zu konzentrieren. Diese finden seit 1979 alle 5 Jahre statt und das nächste Mal im Jahr 2014. Wie bereits erwähnt, wählt man in dieser Wahl das Europäische Parlament.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> <http://www.sprichtst-du-politik.de/studie/zusammenfassung/> (Stand: 11.01.2013; 16:53 Uhr)

<sup>12</sup> <http://www.sprichtst-du-politik.de/studie/zusammenfassung/> (Stand: 11.01.2013; 16:53 Uhr)

<sup>13</sup> <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/60473/wahlbeteiligung-1979-2009> (Stand: 7.01.2013; 17:14 Uhr)



Das Europäische Parlament hat entscheidende Aufgaben innerhalb der EU. Einerseits ist es zusammen mit dem Europäischen Rat die gesetzgebende Gewalt der EU. Das bedeutet, die Abgeordneten diskutieren neue EU-Rechtsvorschriften und verabschieden diese. Diese Gesetze müssen in allen EU-Ländern umgesetzt werden. Also beeinflusst die EU die Gesetzgebung auch z.B. in Deutschland.

Außerdem verabschiedet das Europäische Parlament zusammen mit dem Europäischen Rat den EU-Haushalt.<sup>14</sup> Es legt also fest, wie das Geld auf verschiedene Bereiche aufgeteilt wird. So finanziert die EU zum Beispiel die Förderung der Menschenrechte oder den Umweltschutz. Besonders wichtig zu wissen ist, dass dieses Geld nicht nur aus den Zöllen für importierte Waren stammt. Ein Großteil des EU-Haushaltes wird aus Steuergeldern finanziert. Das bedeutet, das Europäische Parlament legt fest, was mit euren Steuern bzw. dem Geld eurer Eltern passiert.<sup>15</sup>

Das Europäische Parlament besitzt Kontrollbefugnisse. Es kontrolliert die anderen Institutionen und stellt so die demokratische Arbeitsweise sicher.<sup>16</sup>

Wie ihr seht, greift das Europäische Parlament täglich in unser Leben ein, sei es beim Einkaufen durch die Produktvielfalt, bei einem Schüleraustausch, der von der EU gefördert wird oder einem Europäischen Freiwilligendienst (EFD).<sup>17</sup>

Wenn man sich für ein bestimmtes Thema besonders einsetzen will, dann könnte man sich an einer Bürgerinitiative beteiligen bzw. eine starten. Ihr wisst nicht, was eine Bürgerinitiative ist? Das macht nichts, wir erklären es euch. Die Europäische Bürgerinitiative gibt es seit April letzten Jahres. Normalerweise ist die Europäische Kommission dafür zuständig, Gesetze zu entwerfen. Durch die Bürgerinitiative haben wir als Bürger nun die Möglichkeit, die Kommission aufzufordern, sich mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen und einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Natürlich braucht man dafür mehrere Leute, um genau zu sein, eine Million. Diese Menschen müssen aber nur ihre Unterschrift abgeben. Da gibt es natürlich sehr viele Vorgaben. Zum Beispiel müssen die Personen aus vielen verschiedenen EU-Ländern stammen, damit die Bürgerinitiative

<sup>14</sup> [http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index_de.htm) (Stand: 12.01.2013; 15:36 Uhr)

<sup>15</sup> [http://europa.eu/about-eu/basic-information/money/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/basic-information/money/index_de.htm) (Stand: 14.01.2013; 19:23 Uhr)

<sup>16</sup> [http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index_de.htm) (Stand: 12.01.2013; 15:36 Uhr)

<sup>17</sup> <http://www.go4europe.de/#raus-finden/no-top> (Stand: 19.01.2013; 15:50 Uhr)



auch zeigt, dass sie ein EU-weites Problem betrifft.<sup>18</sup>

Falls ihr euch jetzt denkt, so einen Aufwand macht sich doch keiner, wollen wir euch einige Beispiele nennen. So laufen im Moment die verschiedensten Bürgerinitiativen. Eine fordert gleiche Bildung in allen EU-Staaten. Eine andere möchte, dass die EU Wasser als Menschenrecht anerkennt und wieder eine andere ist für die Abschaffung von finanzieller Förderung bei Embryonalforschung.<sup>19</sup> Dies war nur eine kleine Auswahl, aber sie zeigt, dass Bürgerinitiativen in den verschiedensten Bereichen aktiv sind. Sicherlich gibt es auch welche, die ihr unterstützen würdet oder vielleicht ist euch gerade eine Idee für eine eigene Bürgerinitiative gekommen.

Bürgerinitiativen in Deutschland gibt es schon lange. So hat sich die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ aus einer Bürgerinitiative gegen Atomkraft entwickelt und heute stellt sie sogar einen Ministerpräsidenten.<sup>20</sup> Das führt uns zu unserem nächsten Thema. Ihr könnt nicht nur Parteien wählen oder euch für einzelne Themen stark machen, viel mehr könnt ihr sogar mitbestimmen, für welche Themen sich Parteien einsetzen. Dabei könnt ihr sogar Leute in eurem Alter kennenlernen, denn viele Parteien haben Untergruppen für Jugendliche wie z.B. die junge Union oder die jungen Grünen. Diese sind in den meisten Fällen sogar bei Facebook oder Twitter vertreten, ihr könnt ja einfach mal schauen. Als Parteimitglied kann man selbst mitdiskutieren und Projekte planen und so selbst an der Politik mitwirken. Das ist z.B. interessant, wenn man wählen möchte, aber die Parteien sich nicht mit den Dingen beschäftigen, mit denen man sich selbst identifizieren kann. Die Parteien selbst sind wiederum auch im Europaparlament vertreten und die Minister der Länder bilden zum Beispiel den europäischen Ministerrat.

Wenn ihr euch aber auf keine Partei festlegen möchtet, gibt es auch parteiunabhängige Organisationen für Jugendliche. Dazu gehören zum Beispiel die **Jungen Europäischen Föderalisten**, abgekürzt **JEF**, die es in fast allen Bundesländern gibt. Europaweit gibt es auch die internationalen Jungen Europäischen Föderalisten, die in fast 30 Staaten

<sup>18</sup> Piplat, Frank (2012), S. 35 - 37

<sup>19</sup> <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing> (Stand: 14.01.2013; 19:20 Uhr)

<sup>20</sup> [http://www.planet-wissen.de/politik\\_geschichte/deutsche\\_politik/entstehung\\_der\\_gruenen/index.jsp](http://www.planet-wissen.de/politik_geschichte/deutsche_politik/entstehung_der_gruenen/index.jsp) (Stand: 14.01.2013; 19:38 Uhr)



---

Europas vertreten sind. Hier kann man Projekte und Kampagnen organisieren und so Politik greifbar machen und gleichzeitig neue Leute aus anderen Ländern kennenlernen.<sup>21</sup>

Zusammenfassend könnt ihr sehen, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, ein guter Bürger zu sein, denn ein stiller Bürger ist kein guter Bürger. Und egal ob ihr aktiv mitwirkt in einer Organisation oder einer Partei oder sogar eine Bürgerinitiative startet oder ob ihr nur eure Unterschrift gebt oder eure Stimme bei einer Wahl abgibt, wichtig ist, dass ihr euch beteiligt. Denn eure Stimme zählt und jeder von euch kann etwas verändern. Wir alle sind die Zukunft Europas und wir können heute schon unsere Zukunft von morgen gestalten. Jetzt möchten wir uns an unsere Lehrer wenden, denn es überraschte uns, wie wenig auch wir über die EU oder unsere Mitbestimmungsmöglichkeiten wussten. Die Schule soll uns auf das Leben vorbereiten, also soll sie uns auch zeigen, dass wir in diesem Leben mitbestimmen können. Jeder von uns ist Friedensnobelpreisträger und jeder von uns hat die Chance, diesem Titel gerecht zu werden. Wir haben gelernt, wie wichtig unsere Stimme ist und deshalb werden wir wählen gehen. Das Volk hat die Macht. Ihr habt die Macht. Also macht mit!

---

<sup>21</sup> [http://www.jef.de/ueber-uns/unsere-ziele/uebersicht/#Scene\\_1](http://www.jef.de/ueber-uns/unsere-ziele/uebersicht/#Scene_1) (Stand: 12.01.2013; 16:57 Uhr)



### 3. Anhang

#### 3.1 Recherche

##### 3.1.1 Ziele der Europäischen Union

Die EU hat sich als Ziel gesetzt, den Frieden zwischen den Ländern sowie die Demokratie aufrecht zu halten und das Wohlergehen jedes Bürgers zu gewährleisten.

Außerdem will sie jedem Bürger Sicherheit und Freiheit bieten. Man spricht von den vier Freiheiten der EU. Die erste Freiheit ist der freie Personenverkehr. Die EU-Bürger können sich innerhalb der EU frei bewegen, niederlassen oder Arbeit annehmen. Außerdem gibt es keine Binnengrenzen mehr. Allerdings werden die Außengrenzen der EU besser kontrolliert. Durch den freien Warenverkehr gibt es innerhalb der EU keine Grenzkontrollen, Zölle oder Kontingentierungen für Waren. Der Handel zwischen den Mitgliedsländern wurde damit verbessert. Durch den freien Dienstleistungsverkehr kann jeder Einzelne zwischen dem besten Handyanbieter, Stromversorger oder der günstigsten Versicherungsgesellschaft wählen. Aufgrund des freien Kapitalverkehrs kann man als EU-Bürger sein Geld in jedem Land und bei jedem Geldinstitut anlegen.<sup>22</sup>

Zudem soll der Umweltschutz aufrechterhalten werden. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt soll gefördert werden. Die EU bekämpft außerdem den Rassismus. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und die Kinderrechte sollen in allen Ländern durchgesetzt werden. Damit fördert die EU die Menschenrechte. Der Zusammenhalt zwischen den Ländern der EU soll erhalten bleiben oder gegebenenfalls gestärkt werden. Die Kultur und die Sprache jedes Landes soll erhalten bleiben und nicht durch andere Kulturen ersetzt werden.<sup>23</sup>

Die EU hat außerdem den Euro als gemeinsame Währung.

##### 3.1.2 Kopenhagener Kriterien

Die Kopenhagener Kriterien muss ein beitrittswilliges Land erfüllen, um Mitglied der EU werden zu können. Der Europäische Rat legte sie 1993 in Kopenhagen fest. Zu den Kopenhagener Kriterien gehören politische und wirtschaftliche Kriterien. Politische

<sup>22</sup> [http://www.refreshpolitics.at/de/menu\\_main/intern:16/die-vier-freiheiten-der-eu](http://www.refreshpolitics.at/de/menu_main/intern:16/die-vier-freiheiten-der-eu) (Stand: 19.01.2013; 17:00 Uhr)

<sup>23</sup> <http://www.cep.eu/eu-fakten/ziele-der-eu/> (Stand: 28.12.2012; 16:24 Uhr)



Kriterien sind eine stabile demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und der Minderheitenschutz. Das wirtschaftliche Kriterium ist eine funktionierende und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft. Zu den Kopenhagener Kriterien gehört außerdem die Übernahme des gesamten EU-Rechts.<sup>24</sup>

### 3.1.3 Konvergenzkriterien

Konvergenz bedeutet so viel wie Annäherung oder Übereinstimmung. Um als Staat der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beitreten zu können, muss die wirtschaftliche Entwicklung des Staates der der anderen Staaten ähnlich sein. Daher wurden im Maastrichter Vertrag (1993) Beitrittsbedingungen festgelegt. Zu diesen Konvergenzkriterien gehören die Preisstabilität sowie ein Haushaltsdefizit unter 3% des BIP und eine Gesamtverschuldung bis maximal 60% des BIP. Des Weiteren benötigt ein Staat stabile Wechselkurse und die Unabhängigkeit der Notenbank, um der Wirtschafts- und Währungsunion beitreten zu können.<sup>25</sup>

### 3.1.4 Vertrag von Lissabon

Der Vertrag ist seit dem 1. Dezember. 2009 gültig. Die EU soll durch den Vertrag effizienter, demokratischer und transparenter werden.

Die Europäische Union wusste, dass sie sich einer institutionellen Reform unterziehen musste, um handlungsfähig zu bleiben. Diese Reform musste lange auf sich warten, denn der Vertrag von Amsterdam (1999) und der Vertrag von Nizza (seit 2003) scheiterten. Der Lissabonner Vertrag hat dafür gesorgt, dass sich der Einfluss des Europäischen Parlaments vergrößert hat. Es ist somit zu einem gleichberechtigten Partner des Rat der Europäischen Union geworden. Die nationalen Parlamente erhalten nun früher Informationen über die Vorschläge der Europäischen Kommission. Sie können sich so früher darüber äußern, ob es zu ihren Gesetzen passt, oder eines verletzt. Ab 2017 muss jede Entscheidung mit einer Mehrheit der Bürger (65%) und auch einer Mehrheit der Staaten (55%) getroffen werden (Doppelte Mehrheit). Die Bürger können durch den Lissabonner Vertrag ein bisschen mehr mitbestimmen. Denn es wurde das europäische

<sup>24</sup> Zandonella, Bruno (2009)

<sup>25</sup> Zandonella, Bruno (2009)



Bürgerbegehren eingeführt, das bedeutet, dass eine Millionen Menschen aus verschiedenen Mitgliederstaaten, die Europäische Kommission dazu zwingen kann sich mit einem Thema zu beschäftigen. Zudem werden die Sitzungen des Europäischen Rats öffentlich sein. Die halbjährliche Präsidentschaft und der Außenminister werden abgeschafft. Nun wählt der Europäische Rat für zwei ein halb Jahre eine Präsidentin oder einen Präsident. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission ist gleichzeitig der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik und verfügt über einen eigenen Europäischen Dienst.<sup>26</sup>

### **3.1.5 Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union**

In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sind alle bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der europäischen Bürger und aller anderen Menschen, die im Gebiet der EU leben, festgeschrieben. Diese Grundrechte sind in 6 große Kapitel unterteilt. In dem ersten Kapitel geht es um die Würde des Menschen. Die nachfolgenden Kapitel sind Freiheiten, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und Justizielle Rechte. Die Charta der Grundrechte ist vergleichbar mit dem deutschen Grundgesetz und damit Grundlage für die Gesetze der EU.<sup>27</sup>

### **3.1.6 Die Unionsbürgerschaft**

Die Unionsbürgerschaft wurde mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1993 eingeführt. Seitdem ist jeder Staatsbürger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union auch gleichzeitig Unionsbürger. Dabei ergänzt die Unionsbürgerschaft die Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.

Als Unionsbürger besitzt man viele Rechte. Das Recht, sich in der EU frei bewegen und aufhalten zu können, ohne dass man sich dabei auf eine Erwerbstätigkeit berufen muss, wurde zwar zuvor schon vom Europäischen Gerichtshof bestätigt, mit dem Vertrag von Maastricht aber schließlich festgeschrieben. Mit der Einführung der Unionsbürgerschaft wurde auch der konsularische und diplomatische Schutz verbessert. Als Unionsbürger hat man nun das Recht, in einem Drittland, das nicht Mitglied der EU ist, andere

<sup>26</sup> <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/43000/grafik-lissabonner-vertrag> (Stand: 1.01.2013; 17:35 Uhr)

<sup>27</sup> [http://www.europarl.europa.eu/charter/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/charter/default_de.htm) (Stand: 1.01.2013; 12:18 Uhr)



Mitgliedsstaaten um Hilfe zu bitten, sollte der eigene Mitgliedsstaat dort nicht vertreten sein.

Durch den Vertrag von Amsterdam wurden die Rechte der Unionsbürger erweitert, da nun auch ein Verbot von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, eingeführt wurde.<sup>28</sup>

Ein weiteres Recht des Unionsbürgers besteht im passiven und aktiven Wahlrecht bei Europa- und Kommunalwahlen. Außerdem hat man als Unionsbürger die Möglichkeit, sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu richten oder Gesetzesvorlagen mittels der Bürgerinitiative zu initiieren.<sup>29</sup>

Obwohl die Unionsbürgerschaft einheitlich für alle Bürger der EU ist, bleiben die Staatsbürgerschaftsregeln der Einzelstaaten immer noch sehr unterschiedlich. Daher ist es von Staat zu Staat unterschiedlich, wie man Staatsbürger und damit Unionsbürger wird. Die EU hat keinen Einfluss auf die nationalen Staatsbürgerschaftsregeln.<sup>30</sup>

### **3.1.7 Die Europäische Bürgerinitiative**

Bei der Europäischen Bürgerinitiative fungiert der Bürger als Auftraggeber der Gesetzgebung. Auf der EU-Ebene liegt das Initiativrecht für die Gesetzgebung bei der Europäischen Kommission, nur sie darf Gesetzesvorschläge machen. Allerdings hat das Europäische Parlament die Möglichkeit, die Kommission aufzufordern, geeignete Gesetzesvorschläge vorzulegen. Durch den Vertrag von Lissabon liegt dieses Recht nun auch bei den Bürgern der Mitgliedstaaten der EU, den Unionsbürgern.

Bei einer Bürgerinitiative können eine Million Unionsbürgerinnen und –bürger die Kommission auffordern, geeignete Gesetzesvorschläge vorzulegen. Dabei müssen allerdings einige Voraussetzungen gegeben sein. Die Bürger, die bei der Bürgerinitiative mitmachen, müssen aus mindestens einem Viertel aller EU-Mitgliedsstaaten sein. Damit wird sichergestellt, dass die Bürgerinitiative europäischen und nicht nur nationalen

<sup>28</sup> <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57577/unionsbuergerschaft> (Stand: 1.01.2013; 20:58 Uhr)

<sup>29</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/justice\\_freedom\\_security/citizenship\\_of\\_the\\_union/index\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/citizenship_of_the_union/index_de.htm) (Stand: 1.01.2013; 20:59 Uhr)

<sup>30</sup> <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57577/unionsbuergerschaft> (Stand: 1.01.2013; 20:58 Uhr)



Charakter besitzt. Des Weiteren müssen in diesen Staaten Unterschriften gesammelt werden und zwar pro Staat mindestens 750 Unterschriften pro Europaabgeordneten. Da es in Deutschland 99 Europaabgeordnete gibt, müssten in Deutschland mindestens 99 mal 750, also 74.250, Menschen unterschreiben. Da es ab 2014 nur noch 96 deutsche Europaabgeordnete geben wird, werden dann auch nur noch 96 mal 750, also 72.000 Unterschriften für die Bürgerinitiative benötigt. Allerdings wird die Echtheit der gesammelten Unterschriften von Land zu Land unterschiedlich geprüft.

Um die Bürgerinitiative zu registrieren wird ein Bürgerkomitee benötigt, das aus mindestens sieben Mitgliedern bestehen muss, die wiederum aus mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten kommen müssen.

Gleich nach der Registrierung wird geprüft, ob die Bürgerinitiative zulässig ist. Wenn das geschafft ist, können die Unterschriften gesammelt werden. Die Organisatoren der Initiative werden dann von der Europäischen Kommission unterstützt. Die Vertreter der Bürgerinitiative werden schließlich vom Europäischen Parlament angehört.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative haben die Unionsbürger eine ganz neue Möglichkeit, sich aktiv an der Politik bzw. Gesetzgebung zu beteiligen und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Die Möglichkeit einer Bürgerinitiative besteht seit dem 1. April 2012.<sup>31</sup>

### **3.1.8 Der Europäische Bürgerbeauftragte**

Der Europäische Bürgerbeauftragte wird auch als Europäischer Ombudsmann bezeichnet. Seine Aufgabe ist es, Hinweisen über Fehlverhalten europäischer Institutionen gegenüber Bürgern nachzugehen. An ihn kann man sich als natürliche Person (lebender Mensch) bzw. juristische Person (Vermögensmasse oder Personenvereinigung) wenden, wenn man sich von den europäischen Institutionen ungerecht behandelt fühlt. Allerdings muss man seinen (Wohn) Sitz innerhalb der Europäische Union haben. Obwohl der Europäische Bürgerbeauftragte juristisch keine Macht hat, kann er oft schon helfen, indem er zum Beispiel in einer Abteilung der Europäischen Kommission nachfragt und so die Revision einer bürokratischen Entscheidung ermöglicht. Seit 2003 ist Nikiforos Diamandouros aus

<sup>31</sup> Piplat, Frank (2012), S. 35 - 37



Griechenland Europäischer Beauftragte. Er hat seinen Sitz in Brüssel. Über seine Arbeit kann man sich auf seiner Internetseite informieren.<sup>32</sup>

### **3.1.9 Das Europäische Parlament**

Das Europäische Parlament fungiert als Vertreter der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Es wird durch direkte Wahlen alle fünf Jahre neu gewählt. Diese Wahlen werden auch als Europawahlen bezeichnet und die nächste Wahl findet im Juni 2014 statt. Zusammen mit dem Rat der Europäischen Union ist das Europäische Parlament die gesetzgebende Gewalt der EU. Gemeinsam haben sie die Aufgabe, EU-Rechtsvorschriften zu erörtern und zu verabschieden. Darüber hinaus liegt die Erörterung und Verabschiedung des EU-Haushalts im Aufgabenbereich des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rats. Außerdem hat das Europäische Parlament große Kontrollbefugnisse. Es kontrolliert andere EU-Institutionen, insbesondere die Europäische Kommission, um deren demokratische Arbeitsweise sicherzustellen. Die Anzahl der Abgeordneten richtet sich pro Land nach der jeweiligen Bevölkerungsanzahl. Im Vertrag von Lissabon wurde festgeschrieben, dass jedes Land mindestens 6 und höchstens 96 Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden muss. Allerdings hat derzeit z.B. Malta nur 5 und Deutschland sogar 99 Abgeordnete, was allerdings nach der nächsten Europawahl behoben werden soll.<sup>33</sup> Seit Januar 2012 und noch bis Juni 2014 ist der deutsche SPD-Politiker Martin Schulz Präsident.<sup>34</sup>

### **3.1.10 Gründe für die Verleihung des Friedensnobelpreises**

Die EU sorgt dafür, dass alle Länder fast auf einem Level sind und nicht weit hinter her hängen, wie manche Entwicklungsländer. Die Länder kaufen gegenseitig Waren aus den europäischen Ländern und unterstützen sich so. Zudem sorgt die EU z.B. dafür, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, dass es keinen Rassismus gibt und dass jeder seine Religion ausleben kann. Früher hätte niemand gedacht, dass die EU mal ohne

<sup>32</sup> <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42972/europaeischer-buergerbeauftragter> (Stand: 27.12.2012; 16:32 Uhr)

<sup>33</sup> [http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index_de.htm) (Stand: 12.01.2013; 15:36 Uhr)

<sup>34</sup> <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42938/europaeisches-parlament> (Stand: 12.01.2013; 15:44 Uhr)



Binnengrenzen existieren würde. So können Studenten im Ausland, aber innerhalb der EU studieren ohne einen Geldumtausch. Die EU ist sehr bürokratisch, was dafür sorgt, dass kein Streit entsteht. Zudem versucht die EU, alles zu vereinfachen. So machen sie es Herstellern einfacher, Dinge für mehrere Länder auf den Markt zu bringen. Außerdem will die EU den Krieg vermeiden und setzt daher auf die Diplomatie. Wenn eine Krise wieder auf die EU trifft, dann finden sie eine Lösung um selbst eine Krise zu überstehen. Durch die EU werden Job erhalten, denn es stellt Regeln auf die für alle fair sind. Zudem hat die EU Druck auf die Mobilfunkanbieter gemacht, damit die Kosten gesenkt werden. Nun kann man billiger ins EU – Ausland telefonieren, was vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre.<sup>35</sup>

### 3.1.11 Kurzbiographie Perikles

Das Zitat „Ein stiller Bürger ist kein guter Bürger“ stammt von Perikles. Er lebte um die Zeit 490 – 429 vor Christus. Als Kind erhielt Perikles eine gute Ausbildung und stammt aus einer aristokratischen Familie. Früh galt er schon als guter Redner. Durch seinen politischen Einfluss und seinen guten Reden, gelang es ihm den Einfluss der Areopags zu mindern und die Kimon zu verbannen. Dadurch, dass Perikles ein neues Bürgerrecht einführte, gewann er die Zustimmung der ärmeren Bürger. Die Richter und Geschworenen zog er auf seine Seite, indem er ihnen Tagungsgelder bezahlte. Perikles schaffte viele neue Arbeitsplätze, zum Beispiel durch den Aufbau der Akropolis. Die Dichter verspotteten den Politiker in Theaterstücken, diese Stücke versuchte er zu verbieten. Zur Zeit von Perikles gab es die Peloponnesische Kriege zwischen Athen und Sparta. Wegen der schlechten hygienischen Bedingungen brach in Athen eine Seuche aus. Diese wurde durch die Flotten, die Sparta attackierten, auch auf Sparta übertragen und breitete sich so aus. Perikles starb 429 vor Christus an dieser Seuche.<sup>36</sup>

### 3.1.12 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen

Die Europawahlen gibt es seit 1979. Seit dem werden alle fünf Jahre die Mitglieder des Europäischen Parlaments durch eine direkte Wahl bestimmt. Das Wahlverfahren

<sup>35</sup> <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1350025994650>  
(Stand: 1.01.2013; 16:18 Uhr)

<sup>36</sup> <http://www.meinebibliothek.de/Texte5/html/perikles.html> (Stand: 28.12.2012; 12:50 Uhr)



unterscheidet sich von EU-Mitgliedsstaat zu EU-Mitgliedsstaat, genauso wie die Wahlbeteiligung. In Ländern mit einer generell hohen Wahlbeteiligung ist die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen ebenfalls vergleichsweise hoch. Außerdem gibt es in Belgien und Luxemburg eine Wahlpflicht. In anderen Ländern wie zum Beispiel Großbritannien ist die Wahlbeteiligung wesentlich geringer, was oft mit einem Euroskeptizismus erklärt wird. Europaweit ist die Wahlbeteiligung seit Einführung der direkten Wahl immer weiter gesunken. So lag die Wahlbeteiligung im Jahr 1979 noch bei 63 % in Europa als gesamtes und bei der letzten EU-Wahl im Jahr 2009 lag sie nur noch bei 43 %. In den meisten Mitgliedsstaaten gehen mehr Bürger zu den Wahlen nationaler Parlamente als zu den Europawahlen, so auch in Deutschland. Auch in Deutschland nimmt die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ab. Viele sehen die Ursache darin, dass den meisten Bürgern gar nicht bewusst ist, welche Aufgaben und Befugnisse das Europäische Parlament besitzt. Entscheidend ist auch, dass das Europäische Parlament nicht so präsent in den Medien ist und dass viele Bürger der Meinung sind, dass das Mitbestimmungsrecht des Europäischen Parlaments keinen direkten Einfluss auf ihren Alltag hat. Außerdem werde häufig Parteien kritisiert, da sie im Vorfeld von Europawahlen häufig versuchen, diese für nationale Schwerpunkte zu instrumentalisieren, anstatt zu zeigen, dass der Schwerpunkt der Wahl auf Europa liegt.<sup>37</sup>

Gerade vor dem Hintergrund des arabischen Frühlings, bei dem sich z.B. junge Ägypter für ihr Wahlrecht in die Schussbahn geworfen haben, ist es erschreckend, dass wir Deutschen bzw. Europäer schlichtweg zu faul sind, wählen zu gehen.<sup>38</sup>

### **3.1.13 Durchführung der „Shell Jugendstudie 2010“**

Seit 1953 werden von Shell in Deutschland unabhängige Forschungsinstitute beauftragt, Studien über Jugendliche zu erstellen, bei denen es um deren Sichtweisen, Stimmungen und Erwartungen geht. Im Jahr 2010 wurde bereits die 16. Shell Jugendstudie geführt, auf die wir uns in der Rede beziehen. Bei dieser Studie wurden 2.604 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren befragt, die sowohl aus den alten als auch aus den neuen Bundesländern kommen. Die Interviewer von Infratest befragten die Jugendlichen

<sup>37</sup> <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/60473/wahlbeteiligung-1979-2009> (Stand: 7.01.2013; 17:14 Uhr)

<sup>38</sup> <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52392/aegypten> (Stand: 19.01.2013; 16:49 Uhr)



persönlich zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Einstellungen und Orientierungen und zwar auf der Grundlage eines standardisierten Fragebogens. Die Interviews fanden von Mitte Januar bis Ende Februar 2010 statt. Um die Qualität der Studie zu verbessern und die Studie zu vertiefen, wurden des Weiteren 20 Fallstudien durchgeführt.<sup>39</sup>

### 3.1.14 Durchführung der Studie „Sprichst du Politik?“

Die Studie „Sprichst du Politik?“ wurde von Berliner Studenten mit wissenschaftlicher Begleitung von Oktober 2010 bis März 2011 durchgeführt. Sie arbeiteten dafür mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen.<sup>40</sup> Die Leitung der Studie übernahm Prof. Dr. Bettina Fackelmann von der „design akademie berlin“. Im Zuge der Studie wurden 27 Gruppeninterviews an verschiedenen Berliner Schulen geführt und im Anschluss gab es noch einen Online-Fragebogen, der bundesweit von 30.122 jungen Bürgerinnen und Bürgern ausgefüllt wurde. Die befragten Jugendlichen waren im Alter zwischen 16 und 19 Jahren.<sup>41</sup>

Auf viele Ergebnisse dieser beiden Studien stützen wir uns in unserer Rede und haben dies entsprechend gekennzeichnet.

<sup>39</sup> <http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study/about.html> (Stand: 9.01.13; 9:52 Uhr)

<sup>40</sup> <http://www.sprichst-du-politik.de/projektbeschreibung/> (Stand: 11.01.13; 17:20 Uhr)

<sup>41</sup> <http://www.sprichst-du-politik.de/studie/zusammenfassung/> (Stand: 11.01.13; 16:53 Uhr)



## 3.2 Quellenverzeichnis

### Printmedien

- Piplat, Frank, Europäisches Parlament, Informationsbüro in Deutschland (Hg.) (2012): Europa 2012. Landau/Pfalz: pva, Druck Medien-Dienstleistungen GmbH, S. 35 – 37
- Shell Deutschland Holding (Hg.) (2010): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH.
- Zandonella, Bruno: Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2005, 2009 aktualisiert.

### Elektronische Medien

- Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Der Lissabonner Vertrag auf einen Blick. URL: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/43000/grafik-lissabonner-vertrag> (Stand: 1.01.2013; 17:35 Uhr)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Unionsbürgerschaft. URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57577/unionsbuergerschaft> (Stand: 1.01.2013; 20:58 Uhr)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Wahlbeteiligung 1979-2009. URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/60473/wahlbeteiligung-1979-2009> (Stand: 7.01.2013; 17:14 Uhr)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2010): Europäischer Bürgerbeauftragter. URL: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42972/europaeischer-buergerbeauftragter> (Stand: 27.12.2012; 16:32 Uhr)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Die unvollendete Revolution in Ägypten. URL: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52392/aegypten> (Stand: 19.01.2013; 16:49 Uhr)
- Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Europäisches Parlament. URL: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42938/europaeisches-parlament> (Stand: 12.01.2013; 15:44 Uhr)
- Deutsche Agentur JUGEND IN AKTION: Europäischer Freiwilligendienst. URL: <http://www.go4europe.de/#raus-finden/no-top> (Stand: 19.01.2013; 15:50 Uhr)



- Deutsche Shell Holding GmbH (2010): Über die Shell Jugendstudie. URL: <http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study/about.html> (Stand: 9.01.2013; 9:52 Uhr)
- Deutsches Historisches Museum (DHM) in Berlin und Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (HdG) in Bonn: Friedensnobelpreis. URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/wissenschaft/nobelpreis/frieden/index.html> (Stand: 11.01.2013; 18:16 Uhr)
- Europäisches Parlament (2000): Charta der Grundrechte der Europäischen Union. URL: [http://www.europarl.europa.eu/charter/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/charter/default_de.htm) (Stand: 1.01.2013; 12:18 Uhr)
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft (2011): Projektbeschreibung. URL: <http://www.sprichst-du-politik.de/projektbeschreibung/> (Stand: 11.01.2013; 17:20 Uhr)
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft (2011): Zusammenfassung. URL: <http://www.sprichst-du-politik.de/studie/zusammenfassung/> (Stand: 11.01.2013; 16:53 Uhr)
- Generaldirektion für Kommunikation der Europäischen Kommission (2013): Europäisches Parlament. URL: [http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index_de.htm) (Stand: 12.01.2013; 15:36 Uhr)
- Generaldirektion für Kommunikation der Europäischen Kommission (2013): Unionsbürgerschaft. URL: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/justice\\_freedom\\_security/citizenship\\_of\\_the\\_union/index\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/citizenship_of_the_union/index_de.htm) (Stand: 1.01.2013; 20:59 Uhr)
- Generaldirektion für Kommunikation der Europäischen Kommission (2013): Die EU und das Geld. URL: [http://europa.eu/about-eu/basic-information/money/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/basic-information/money/index_de.htm) (Stand: 14.01.2013; 19:23 Uhr)
- Generaldirektion für Kommunikation der Europäischen Kommission (2013): Laufende Initiativen. URL: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing> (Stand: 14.01.2013; 19:20 Uhr)
- Hylla, Klaus: Perikles. URL: <http://www.meinebibliothek.de/Texte5/html/perikles.html> (Stand: 28.12.2012; 12:50 Uhr)



- Junge Europäische Föderalisten (JEF) Deutschland e.V.: Unsere Ziele. URL: [http://www.jef.de/ueber-uns/unsere-ziele/uebersicht/#Scene\\_1](http://www.jef.de/ueber-uns/unsere-ziele/uebersicht/#Scene_1) (Stand: 12.01.2013; 16:57 Uhr)
- Lexas Information Network (2007): Liste unabhängiger Staaten nach Einwohnerzahl. URL: <http://www.lexas.net/rankings/einwohner.asp> (Stand: 15.12.2012; 19:26 Uhr)
- Mitteldeutsches Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG (2012): Zehn Gründe für den Friedensnobelpreis. URL: <http://www.mzweb.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1350025994650> (Stand: 1.01.2013; 16:18 Uhr)
- Tagesschau.de (2012): Die EU als "andauernder Friedenskongress". URL: <http://www.tagesschau.de/ausland/eu-nobelpreis104.html> (Stand: 11.01.2013; 20:03 Uhr)
- Verein Refresh Politics – Deine Politikplattform: 4 Freiheiten der EU [http://www.refreshpolitics.at/de/menu\\_main/intern:16/die-vier-freiheiten-der-eu](http://www.refreshpolitics.at/de/menu_main/intern:16/die-vier-freiheiten-der-eu) (Stand: 19.01.2013; 17:00 Uhr)
- WDR / SWR / BR-alpha (2013): Die Entstehung der Grünen. URL: [http://www.planetwissen.de/politik\\_geschichte/deutsche\\_politik/entstehung\\_der\\_gruenen/index.jsp](http://www.planetwissen.de/politik_geschichte/deutsche_politik/entstehung_der_gruenen/index.jsp) (Stand: 14.01.2013; 19:38 Uhr)

### 3.3 Abbildungsverzeichnis

- Logo der Adolf-Reichwein-Schule: <http://fotos.verwaltungsportal.de/mandate/logo/adolfreichweinschule.jpg> (Stand: 14.01.2013; 18:32 Uhr)
- Logo des Europäischen Wettbewerbs: <http://europa-zentrum.de/images/60-EW-2013-Download-300x300.jpg> (Stand: 14.01.2013; 18:27 Uhr)
- Titelbild: [http://www.km.bayern.de/bilder/km\\_absatz/foto/7072\\_455.jpg](http://www.km.bayern.de/bilder/km_absatz/foto/7072_455.jpg) (Stand: 14.01.2013; 18:25 Uhr)